

Es gilt das gesprochene Wort

60 Jahre CDU. Rede in Rendsburg. Prof. Dr. Eberhard R. Dall'Asta

Eine der wichtigsten Wurzeln der CDU bestand im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Einer von diesen Männern war **Theodor Steltzer**. 1920-1933 Landrat in Rendsburg, schloss er sich dem Kreisauer Widerstandskreis gegen Hitler an, wurde am 20.7. 1944 zum Tode verurteilt, aber vor der Vollstreckung des Urteils befreit. Er gehörte zum Berliner Gründerkreis der CDU und unterschrieb zusammen mit **Ferdinand Sauerbruch**, **Rudolf Pechel** (aus dem KZ geretteter Publizist), **Andreas Hermes** (ebenfalls 1944 zum Tode verurteilt als Mitglied im Kreisauer Kreis, 1947-54 erster Vorsitzender des Deutschen Bauernverbandes), **Jakob Kaiser** (stand ebenfalls in Verbindung zum Kreisauer Kreis) und **Ernst Lemmer** den Berliner Gründungsaufwurf vom Juni 1945 und wurde später auch Mitbegründer der CDU in Schleswig-Holstein.

Gerade diese Leute des Widerstandes brachten einen moralischen Fundus und eine Grundsätzlichkeit in den Gründerkreis der Partei ein, der maßgeblich auf dem christlichen Menschenbild basierte und lange Zeit noch wichtiges Merkmal der CDU blieb. Der daraus abgeleitete Anti-Totalitarismus machte sie auch gleichzeitig immun gegen alle kommunistischen Verlockungen (die Absetzung sämtlicher ersten Vorsitzenden **Kaiser** und **Hermes** und **W. Schreiber** und **Lemmer** durch die Sowjetische Militäradministration in Berlin sind ein beredtes Beispiel dafür).

2. Die Gründer der CDU waren von Anfang an entschlossen angetreten, die **konfessionelle parteipolitische Zwietracht in Deutschland zu überwinden**. Christen beider Konfessionen sollten Mitglieder in ein und derselben Partei sein (**Absage an das Zentrum**). Damit sollte die Aufsplitterung des bürgerlichen, anti-sozialistischen Lagers in mehrere Parteien verhindert werden: CD„UNION“! Christlich - soziale, Liberale und Konservative in einer Partei!

(Kulturkampf **Bismarcks** mit den Liberalen → Kirche, führte 1870 zur Gründung des „Zentrums“; kath. Kirche → Liberalismus).

3. Rendsburg und Schleswig-Holstein

In Norddeutschland gab es bereits im Sommer 1945 mehrere solcher Gruppen. In Ostholstein unter dem ehemaligen Reichsminister **Dr. Hans Schlange-Schöningen** (auch er stand dem Widerstandskreis nahe). Er strebte eine christlich-demokratische Aufbaupartei evangelischer Prägung an. In Kiel um den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei in Schleswig-Holstein **Carl Schröter**, der eine Sammlungspartei aller demokratischen Kräfte rechts von der SPD anstrebte. In Rendsburg um den späteren Bauernverbandspräsidenten **Detlev Struve** und den Studienrat **Adolf Steckel**. **Struve** liebäugelte zunächst mit dem Gedanken einer Art „Labour Party“ nach englischem Vorbild, später aber, unter dem Einfluss des nach Rendsburg zurückgekehrten **Theodor Steltzer**, unterstützte er das Programm einer christlich-demokratischen Partei.

Steltzer wurde am 1. Oktober 1945 von der britischen Militärregierung wieder zum Landrat des Kreises Rendsburg ernannt (bereits im November 1945 wurde er zum Oberpräsi-

denten und bald darauf zum **ersten schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von der britischen Besatzung ernannt** (bis zur ersten Landtagswahl 1947)

Am 13. Oktober 1945 beantragte **Adolf Steckel** mit weiteren Mitgliedern des Rendsburger Kreises bei der britischen Militärregierung schriftlich in deutscher und englischer Sprache die Erlaubnis zur Gründung einer „**Christlich Demokratischen Partei für den Kreis Rendsburg**“. Am 5. Dezember wurden dann im „Bahnhofshotel“ Rendsburg **Adolf Steckel** zum Vorsitzenden und **Detlev Struve** zu seinem Stellvertreter gewählt.

Kurz zuvor, am 30. Oktober, trafen sich anlässlich der Gründung einer „christlich-demokratischen Partei“ im Kreis Plön Vertreter aller dieser Gruppen. Die Redner waren **Steltzer, Schlange-Schöningen** und **Schröter**. Allerdings wurde noch keine Landespartei gegründet. Man einigte sich den Namen dieser Sammlungspartei auf einer baldigen Landesversammlung festzulegen.

Die Landespartei konstituierte sich am 4. Januar 1946 in Rendsburg unter dem Namen „**Demokratische Union**“. 1. Vorsitzender wurde **Carl Schröter**, 2. Vorsitzender **P.C. Asmusen** aus Itzehoe/Elmshorn; Vorsitzender des Landesausschusses wurde **Theodor Steltzer. Schlange-Schöningen**, der nicht dabei sein konnte, bedauerte das Fehlen des „Christlichen“ im Namen sehr. Nur einen Monat später holte das aber eine erneute Landesversammlung der neugegründeten Partei in Rendsburg am 5. oder 15. Februar 1946 nach. Damit war der erste Landesverband einer „Christlich Demokratischen Union“ in Norddeutschland gegründet.

Rendsburg wurde eine historische Wegmarke der gesamten norddeutschen CDU.

Zwei Zitate vom 1. Parteitag der CDU der Britischen Zone in Recklinghausen 1947 sollen uns in die damalige Situation zurückversetzen:

Zitat von Schlange-Schöningen (Direktor für Ernährung und Landwirtschaft in der Bizone): „Da trat gerade zu Ostern, als ich allein in Stuttgart saß und fast alle Beamten beurlaubt waren, der Fall ein, dass die berühmten zwölftausend Tonnen Weizen, bestimmt für Süddeutschland, den Rhein heraufschwammen, während gleichzeitig, aus dem Ruhrrevier der Notschrei kam: Wir haben nicht mehr genügend Brot, wir müssen etwas haben! Die Zuteilung für das Ruhrrevier hatte sich um einige Tage verspätet. Es handelte sich dabei immer um Tage und Stunden. Da gab ich die telefonische Anordnung, dass 4 000 Tonnen im Ruhrrevier bleiben und die übrigen 8 000 Tonnen weitergehen sollten nach Süddeutschland. Und der Erfolg? Daß man im Ruhrrevier streikte, weil ich nur 4 000 Tonnen da gelassen hatte, und daß man in Mannheim streikte, weil ich nicht alle 12 000 Tonnen dorthin gebracht hatte“.

Ja! Liebe Parteifreunde: Das waren Parteitagsprobleme 1947!

Zitat von Dr. Sträter Landesjustizminister a. D.: Aus einer stundenlangen Debatte über Entnazifizierung:

Er zitiert aus der Times vom 17.4.47 Sir **Victor Gollancz**, ein jüd. Verleger und einer der ersten Friedenspreisträger des dt. Buchhandels: „Eine freie und die Gesetze respektierende Gesellschaft kann nicht dadurch gefördert werden, dass man Millionen von Menschen mit dem etikettiert, was sie in vergangener Zeit gesagt oder auch nur gedacht haben, und sie entsprechend bestraft ... Das sind totalitäre Methoden.“

Und er fährt dann fort: „Den Feind muss man töten oder gewinnen. Töten können und wollen wir die Nationalsozialisten nicht, also müssen wir sie gewinnen. Wir sollten versuchen, unsere ehemaligen nationalsozialistischen Gegner für die Demokratie zu gewinnen. Wir wollen mit Gerechtigkeit den neuen Staat aufbauen.“ → 1947!

4. Was ist nun aus diesen bescheidenen Anfängen hier in Rendsburg geworden? Wie beurteilt man heute die Gründung der neuen Partei: CDU?

a) Die CDU ist die Partei, die die Anfangsgeschichte der BR Deutschland geprägt hat! Westbindung, soziale Marktwirtschaft, Aufbau der Bundeswehr (Verteidigungsbeitrag) und dann später auch noch die Wiedervereinigung sind zentrale Bestandteile dieser Prägung, und sie ist seit den Anfängen mit zwei CDU - Politikern untrennbar verknüpft **Konrad Adenauer** und **Ludwig Erhard**.

Der leidenschaftliche Einsatz **Adenauers** für die **politische Westbindung** und damit für eine freiheitliche, demokratische Politik in enger Verbindung mit den USA, für ein „Vereinigtes Europa“ auf der Basis des christlichen Menschenbildes, einer Marktwirtschaft und einer Verteidigungsgemeinschaft (der NATO) wurden gegen den erbitterten Widerstand der SPD in den 50er Jahren von der CDU durchgesetzt und dann später auch weitgehend von SPD geführten Bundesregierungen übernommen. (**Willy Brandts** Politik der Aussöhnung mit dem Osten und der NATO - Doppelbeschluss unter **Helmut Schmidt**).

b) Die CDU ist die eigentliche **Europa-Partei** in der BR Deutschland. Gegen die Stimmen der SPD wurden die ersten, aber entscheidenden Schritte für eine europäische Union gegangen. Die FDP stimmte 1957 gegen die römischen Verträge und damit gegen die Gründung der EWG (nur **Walter Scheel** stimmte zu)! Die CDU und **Adenauer** haben dabei auch immer die Versöhnung und eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich angestrebt. Heute sind wohl alle Parteien bemüht, ein Vereinigtes Europa zu erreichen, aber diese Grundorientierung wurde konsequent nur von der CDU verfolgt. Auch wenn nicht verschwiegen werden soll, dass über den **Konflikt: „Vorrang der Vertiefung der EU oder der Erweiterung“** auch in der CDU (Atlantiker **Schröder** oder Gaullist **Strauß**) und über die Rolle Englands in einem vereinten Europa gestritten wurde (wie heute übrigens auch z. B. über die Mitgliedschaft der **Türkei** und restlicher südosteuropäischer Staaten).

c) **Soziale Marktwirtschaft**: Auch hierbei gab es leidenschaftlichen Widerstand der SPD, die auf strikter Wirtschaftslenkung durch den Staat beharrte bis zum „Godesberger Programm“ der SPD. **Ludwig Erhard** und **Alfred Müller-Armack** sind hier besonders zu erwähnen, die dagegen die **Privatinitiative des Individuums im Mittelpunkt des Wirtschaftens** sehen wollten. **Nicht der Staat, sondern der einzelne Mensch sollte in möglichst eigener Initiative tätig werden.** Für die **Theoretiker A. Rüstow** und **W. Röpke** war zwar klar, dass eine reine Marktwirtschaft das „effektivste“ Wirtschaftssystem wäre, aber auch ein ungerechtes, deshalb versuchten sie eine Marktwirtschaft mit einem gesellschaftspolitischen Leitbild zu verbinden, in dem Effektivität und Gerechtigkeit vernünftig verbunden wurden. In einer Marktwirtschaft muss ein starker Staat allerdings die Einhaltung der Prinzipien der MW gegen Oligopole oder Monopole sichern. Wirtschaftliche Macht, darf keinesfalls automatisch politische Macht bewirken.

Diese Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft beruht auf der Privatinitiative des Einzelnen und der Möglichkeit die Erfolge dieser Privatinitiative auch zu nutzen (**Neckermann, Schickedanz, Borgward, Grundig** – heute nur noch die Brüder **Albrecht** und **Otto**-Versand). Heute sind Unternehmer, die auf eigenes Risiko in den Großindustrien investieren in der Minderheit, es sind meist die akademisch ausgebildeten Manager, die heute diese Unternehmen führen und kaum noch den Zusammenhang von Privateigentum und seinem Risiko kennen.

Für die Theoretiker der „Sozialen Marktwirtschaft“ war immer selbstverständlich, dass zunächst die Produktion und damit das Wachstum Vorrang hatte, denn es schafft erst die Arbeitsplätze, die die Kaufkraft schaffen, um auch die Produkte absetzen zu können. Daher war logisch: Beschäftigung und Wachstum ist die Voraussetzung für jede Form einer Umverteilung!

(**Przewowsky** (IG Metall) 35-Stunden Woche zum vollen Lohnausgleich: D'A u. Gansel: Wo ist da die Solidarität?).

Es war daher auch immer unbestritten, wenn die Produktivität in einer Marktwirtschaft sinkt, muss das auch Auswirkungen auf das „soziale Netz“ haben. Welches aber die sozialverträglichste Einsparung ist, darüber sollte im Idealfall der entscheiden, der selbst am meisten unter der Einsparung erleidet!

d) (Obwohl **Blüm** und **Kohl** bereits 1997 die wichtige Entscheidung mit einem demographischen Faktor in der Rentenversicherung beschlossen hatten, (den **Schröder** 1998 zum Wahlkampfschlager machte und wieder abschaffte) muss ich auch unserer Partei hier den Vorwurf machen, dieses Prinzip der „sozialen Marktwirtschaft“ später zu oft vernachlässigt zu haben. Oft fehlte das notwendige Einsparen, wenn andere sozialen Verbesserungen eingeführt wurden, obwohl kein wirtschaftliches Wachstum mehr zum Umverteilen vorhanden war!

Stichworte: Subventionsabbau, Energiepreiserhöhungen (!), Frühverrentungen, Bürokratiekosten. Die Verkrustungen der „Sozialen Marktwirtschaft“ bei uns sind die heute Arbeitsplätze in unseren europäischen Nachbarländern, deren Waren „diskriminierungsfrei“ bei uns verkauft werden dürfen, wenn sie den gesetzlichen Bestimmungen der Produktion des Heimatlandes entsprechen.

Ein Lob für Gerhard Stoltenberg, der wie **Erhard** in den 80er Jahren noch einmal bewies, dass **Steuersenkungen durch Konjunkturankurbelung sogar ein erhöhtes Steueraufkommen** schaffen können und der von Erhard besonders gefördert ein aufrechter Streiter für die „Soziale Marktwirtschaft“ war. → letzter Wirtschaftsminister der CDU in Bonn/Berlin war **Kurt Schmücker** -1965.

5. Exkurs: „Christlicher Personalismus“ in Europa

Leitbild für die christlich orientierte politische Führungsschicht der Nachkriegszeit in Europa und in den USA wurde der „Christliche Personalismus“ von dem vielleicht bedeutendsten Philosophen des 20. Jahrhunderts **Jaques Maritain**. (D'A: Auch der Protestantismus von **R. Niebuhr**, **E. Berggrav** und die Idee der „**Verantwortlichen Gesellschaft**“ von Evanston, Ill. Wurden beeinflusst (im ökumenische Bildungsinstitut im Vorstadtbereich von Chicago erarbeitet).

Dieser „Christliche Personalismus“ wurde von **Maritain**, aufbauend auf **Thomas von Aquin** in einer Gesellschaftstheorie entwickelt, in deren Mittelpunkt die christlichen Tugenden Menschenwürde und Freiheit, Gerechtigkeit und Nächstenliebe stehen und die gleichzeitig die katholische Lehre mit den modernen „Schönen Künsten“ und den Naturwissenschaften versöhnen sollte (**Maritain** war befreundet mit Schriftstellern, Malern und Komponisten und u. a. als Professor in Princeton Kollege von **Albert Einstein** und Kurt **Gödel**).

Nach den – wie **Maritain** meinte – menschenverachtenden letzten Häresien („gotteslästerliche“) Theorien des Kapitalismus, Liberalismus, Nationalismus und Kommunismus seien die Christen aufgerufen, auf der Basis eines freien vereinten Europas, nach dem Vorbild der USA und der Menschenrechte eine „verantwortliche Gesellschaft“ zu entwickeln, in

denen neben Gottesfurcht (), die Menschenrechte allgemein verwirklicht werden sollten. **Maritain** hat übrigens die konkreten Formulierungen vieler Artikel der UN – Menschenrechtskonvention von 1948 formuliert und gilt als einer der Väter der Menschenrechte! Am Ende des II. Vatikanischen Konzils brachte Papst **Paul VI** 1965 (hat eines der Hauptwerke von ihm in das Italienische übersetzt) seine Verehrung für **J. Maritain** dadurch zum Ausdruck, dass er ihm die berühmte Botschaft „an die Vertreter des Geistes und der Wissenschaft“ (u. a. Galilei) persönlich übereichte – ein Dank des Papstes an einen politischen Philosophen, der die Welt erneuerte und ein Beispiel für Menschenrechte, persönliche Freiheit und Versöhnung wurde.

Für **Maritain** war es „Wille Gottes“, den Menschen zu zeigen, wo sie enden, wenn sie glauben, dass keine Macht „Gottes“ über ihnen mehr steht und sie selbst – wie es so schön heißt- allein selbstverantwortlich für ihr „Wohl- und Wehergehen“ sind. Da wo der Mensch einen solchen Alleinvertretungsanspruch formulierte. über andere Menschen zu entscheiden, und sich dabei keiner anderen Macht unterwirft, waren immer die Menschen und deren Freiheit die eigentlichen Verlierer. **Luther, Descartes, Rousseau**, die **Maritain** durchaus als Reformers verstand, hatten den Fehler gemacht, wichtige Einzelaspekte einer Gesellschaftstheorie zu verabsolutieren. Die eigentliche Katastrophe des 2. Weltkrieges war für ihn der Versuch des Menschen, sich von Gott und seinen Gesetzen (der Nächstenliebe und der Gnade Gottes) befreien zu wollen und dabei **im Totalitarismus des Kommunismus oder des Nationalsozialismus unterzugehen**. Aber auch das andere Extrem, der bürgerliche Liberalismus wird von **Maritain** als Irrweg bezeichnet. Nur da, wo auch die christliche Nächstenliebe regiert, wird Gerechtigkeit und damit soziale Eingebundenheit verwirklicht. Nichts ist schlimmer in der Gesellschaft für einen einzelnen, als das er sich ausgestoßen vorkommt. Gott hat dem Menschen dafür die Vernunft gegeben, um genau das zu erkennen oder eben notfalls bitter zu erfahren! („Wer nicht hören will, muss fühlen“). Für **Maritain** stellt die politische Gesellschaft („*civitas*“) eine autonome, von der Natur geforderte und von der Vernunft verwirklichte Gesellschaft dar. Sie ist die Gesellschaft aller, die in Freundschaft und Achtung vor der Gerechtigkeit das Gemeinwohl realisieren wollen. Der Staat ist also nicht (wie bei *Hegel*) „die höchste Verkörperung der Idee“, kein „kollektiver Übermensch“, sondern nur „ein geeignetes Instrument, Macht und Zwang auszuüben, ein Instrument, das sich aus Experten und Spezialisten der öffentlichen Ordnung und Wohlfahrt zusammensetzt und dem Menschen dienen soll. Den Menschen diesem Instrument dienstbar zu machen, wäre eine politische Perversion“ (vgl. *Man and the State*, Chicago 1951, S. !0).

(**John Locke** (1632-1704) war im Gegensatz zu **Hobbes** für Glaubensfreiheit, aber Atheisten wurden nicht geduldet, weil sie nicht eidesfähig waren (ohne: „so wahr mir Gott helfe“).

In dieses weltpolitische Spektrum trat die neue deutsche Partei „CDU“ ein. Sie wurde mit Wohlwollen nach der Gründung der BR Deutschland in Europa aufgenommen! Besonders weil manche Sozialisten in Europa nicht recht wussten, ob sie sich völlig vom Marxismus absetzen sollten, oder nur einen menschlicheren Marxismus vertreten sollten! Das Programm und dann später die praktische Politik und deren Ergebnisse in Deutschland führten dazu, dass nicht nur die Sozialdemokratie in Deutschland viele Gedanken der CDU-Politik aufgriff! Das deutsche Modell (nicht das „schwedische“) wurde zum Exportschlager. In der Pariser KSZE Gipfelkonferenz 1990 wurde die „soziale Marktwirtschaft“ von allen Staaten Europas zur vernünftigsten Wirtschaftsordnung für alle verbindlich erklärt! Für

Helmut Kohl in der Debatte über diese Konferenz im deutschen Bundestag ohne Zweifel eine denkwürdige Stunde!

Die CDU fand im katholischen Teil Europas durch die Philosophie von **Maritain** ein gut vorbereitetes Feld vor. Das „Stuttgarter Schuldbekennnis“ der EKD gegenüber dem Ökumenischen Weltrat der Kirchen hatte zur Folge, dass auch die evangelischen Christen der anderen Staaten zur Versöhnung bereit waren. Mit Unterstützung von **Maritain** gab es in Europa bereits „christlich orientierte“ Parteien, die in der Aufbruchstimmung nach dem II Weltkrieg zu erfolgreichen Regierungsparteien aufstiegen.

Die „**Mouvement Républicain Populaire**“ (MRP) konstituierte sich 1943 in Frankreich unter **Maritains** Einfluss, die « **Democrazia Cristiana** » in Italien wurde durch seine Gedanken entscheidend geprägt: **Maritain schrieb an de Gasperi**: „Nur der Geist einer durch das Evangelium begründeten und genährten Brüderlichkeit kann die Völker vor den Katastrophen bewahren, in die sie totalitäre Herrschaft hineinführt. Es liegt daher im besonderen Interesse der Demokratie, die christlichen Überzeugungen wie eine Art Hefe im Gärungsprozess des gesamten sozialen Lebens einzusetzen“ (A. de Gasperi, *Idee sulla democrazia cristiana*, Roma 1974, S. 20-21).

→ dazu Zitat von E. Berggrav, S. 369 f)

Die **Bedeutung und der Erfolg der CDU** in der Nachkriegszeit ist nur zu erklären durch die breite Überzeugung, in der katholischen Kirche nicht wieder auf eine gesonderte katholische Partei zu setzen (**Zentrum**), sondern auf eine Union der Christen (mit Konservativen und Liberalen) und dass auch evangelische Christen diese Ideen von **J. Maritain** aufgriffen („**Stuttgarter Schuldbekennnis**“ der EKD von 1945 gegenüber der Ökumenischen Weltbewegung (→ „Deutsche Christen“). Unterschriften u. a. von **Dibelius, Lilje, Heinemann** und Propst **Asmussen**, Kiel (vgl. auch „Barmer Erklärung).

(„**Deutsche Christen**“ (**DC**): Begründer **Siegfried Leffler** (1900-1942) und **Julius Leutheuser** (1900-1942). Als organisierte Bewegung trat sie bereits bei den Kirchenwahlen in Thüringen 1931 bei den Kirchenwahlen eine Rolle spielte. 1932 bildete sich mit dem Berliner Pfarrer **Joachim Hossenfelder** (1899-1976) mit Unterstützung der preußischen NSDAP unter Berufung auf den „Geist der Frontsoldaten“ ein neues Zentrum „Glaubensbewegung DC“. Sie übernahm die Forderung aus dem NS-Parteiprogramm nach einem „positiven Christentum“. Die massive Unterstützung der NSDAP (z. B. Rundfunkansprache **Hitlers** am Vorabend der Kirchenwahlen, Wahlpflicht der Parteimitglieder und ihrer Organisationen) brachte der „Bewegung DC“ bei den Kirchenwahlen am 23.07.1933 in fast allen Kirchengemeinden die Mehrheit. Daraufhin wurde bereits am 27.09. 1933 **Ludwig Müller** zum **Reichsbischof** gewählt. In einer Rede im Berliner Sportpalast am 13.11.1933 wurden gefordert:

- das AT aus dem Kanon der HI. Schrift zu entfernen

- „einer held. Jesu-Gestalt als Grundlage eines artgemäßen Christentums“

-einer „wahrhaft völkischen Kirche, die allein dem Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates gerecht wird“

-Einführung des „Arierparagraphen“ in die Kirche

Danach trennte sich die NSDAP weitgehend von der „Bewegung DC“, was sie aber nicht hinderte, nach dem „Führerprinzip“ ihre Macht festzuhalten.

In den intakten Kirchengemeinden (→ **Bekennende Kirche**) regte sich nun mehr und mehr Widerstand und der Rückhalt der „Bewegung“ sank, so dass die offizielle Kirche faktisch (Finanzausschüsse) vom Staat regiert wurde. Soweit es noch nach dem Krieg Mitglieder in kirchlichen Ämtern gab, wurden sie ausgeschlossen.)

Einige Zitate aus der damaligen Zeit von den Bischöfen *Dibelius* und *Berggrav* sollen aufzeigen, wie deutlich sich auch die evangelische Kirche von einem allzu machtvollen Staat distanzierte und daher auf Privatinitiative und Nächstenliebe (Solidarität) setzte.

ZITATE

Zitate von *Otto Dibelius* (1949) s, in *H.H. Schrey* (Auswahl), *Christliche Daseinsgestaltung*, Bremen 1958, S. 342, 344 u. 347 und von *Eivind Berggrav* (1953), S. 364 u. 367

O. Dibelius 1949:

„Die Freiheit des einzelnen wird immer mehr zugunsten des Staates – und zwar eines nicht mehr metaphysischen gebundenen Staates! – eingeschränkt. Der Staat mit seinen materiellen Machtinteressen triumphiert über den Menschen und bedroht seine Menschenwürde... Wer angesichts der ständigen Erweiterung des Staates über den einzelnen noch von einem „Staat der freien Menschen“ redet, der weiß nicht mehr, was ein freier Mensch ist.“

„Jede Staatsregierung ist im Grunde ihres Herzens der Meinung, daß fast auf allen Lebensgebieten Besseres geleistet würde, wenn sie die Dinge in die eigene Hand nähme ... Sie wird damit in der Mehrzahl der Fälle wahrscheinlich auch recht haben. Nur dass sie das andere nicht sieht: nämlich, dass darüber Freiheit, Selbstverantwortlichkeit und Menschenwürde immer mehr absinken.“

„Es ist keine Entartung des Staates, wenn er alles beherrschen will, sondern es liegt das in seinem Wesen. So wie der SS-Mann, der wehrlose Gefangene zu Tode prügelte, keineswegs, wie die ewig optimistischen Rationalisten meinen, eine Entartung des Menschen darstellt, sondern den Menschen so, wie er ist, wie er war, als Kain Abel tötete, und wie er immer sein wird, ... so ist auch der Totalstaat nichts anderes als der Staat, wie er seiner Natur nach war und ist und sein wird, wenn er nicht von einer höheren Macht in Zucht genommen wird und in bestimmte Schranken gewiesen wird.“

„Der Staat sei für den Menschen da und nicht umgekehrt.“ (S. 350)

E. Berggrav 1953:

„Der Wohlfahrtsstaat macht auch nicht vor dem Gewissen halt, er möchte über die Gewissen herrschen. Der Wohlfahrtsstaat will nämlich Einheitsstaat sein, und weil er die Macht der Überzeugung einsieht, muß er möglichst dafür sorgen, dass alle Einwohner des Staates die ‚richtige‘ Überzeugung haben. Was der Nazismus ‚Lebensanschauung‘ nannte, heißt im Wohlfahrtsstaat demokratische Überzeugung. Niemandem kann es dann erlaubt sein, die Jugend anders zu erziehen, als es diesem Staate dienlich ist. Christentum wird dabei zur Nebensache und eine Privatangelegenheit, die aber nie mit den Staatsanschauungen kollidieren darf.“

„Was augenscheinlich jetzt im Begriff ist sich zu bilden, ist eine Staatsauffassung, nach welcher sich der Staat anmaßt, etwas anderes und mehr zu sein, als er sein darf und sein könnte. Die neue Staatshybris, auch im demokratischen Gewand, ist gotteslästerlich und muß als Gefahr angesehen werden.“

„Wenn der Staat versuchen wollte, das Christusleben sozial impotent zu machen, wäre dies ein nicht zu duldender Angriff auf die zentrale Freiheit des Evangeliums.“ (S. 365)

„Es scheint hier nötig, ausdrücklich gegen die Bindung der Kirche zu einer bestimmten Partei zu warnen ... Politische Tätigkeit steht nicht nur jedem frei ...

sondern politische Tätigkeit ist Pflicht aller verantwortungsbewussten Christen. Dies ist die Forderung, die der Staat an die Christen stellen muß: Seid nicht totes Fleisch im Gesell-

schaftskörper, nicht stumpfes Wählervieh, sondern seid eifrige Teilnehmer an der Verantwortung aller Wohlwollenden, seid Sauerteig, seid Salz, auch sogar gefährliches Salz.“

Reformfähigkeit unserer Demokratie?

6. Deutsche Einheit: Meine Damen und Herren: Die Attraktivität der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft, mit der die persönliche Initiative des individuellen Menschen untrennbar verbunden ist, hat sowohl die Intellektuellen wie schließlich auch die Arbeiter im Ostblock mehr und mehr davon überzeugt, dass das System des Marxismus/Leninismus deutlich unterlegen war. Die Pariser Gipfelkonferenz, in deren Abschlusskommunique die Staatsmänner von Ost und West sich für eine soziale Marktwirtschaft und für den freien Austausch von wissenschaftlichen Ergebnissen aussprachen machte den Weg frei für die Chance einer deutschen Wiedervereinigung. **Helmut Kohl**, der niemals von dieser geschichtlichen Aufgabe Abschied genommen hatte, sondern den Auftrag des GG immer wieder betonte, begriff die Chance dieser Aufbruchzeit im Ostblock. Es war erneut die CDU nun mit **Helmut Kohl** an der Spitze, die damit auch noch diesen Triumph der Ideen von **Adenauer** (Bindung an den Westen und Europa) und **Erhard** (soziale Marktwirtschaft) zum Erfolg führen konnte → ohne den Beitrag Genschers abzuwerten. Es waren letztlich **A. Sacharow**, **V. Havel** und L. **Walesa**, die diese Wende vorbereiteten. Obwohl selbstverständlich **Gorbatschow**, die ungarische Regierung und die amerikanischen Präsidenten **Bush** und **Reagan** dabei mit die Hauptrollen spielten.

Helmut Kohl nannte wohl nicht zufällig 1990 bei seinem ersten Besuch im freien Polen ausgerechnet auch den Namen von **J. Maritain**, als er den Polen für Ihren Sieg über den Kommunisten und damit ihren Beitrag zur deutschen Einheit dankte.

Für mich war der Tag „der deutschen Einheit“ die endgültige Bestätigung einer von der CDU vertretenen geistigen Konzeption für den Neuanfang eines freiheitlichen demokratischen Deutschlands. Darauf bin ich stolz und verneige mich heute vor den damaligen geistigen Führern unserer Partei, die diese Konzeption erdacht und konsequent durchgesetzt haben. (bald 50 Jahre in dieser Partei Mitglied).

Meine Damen und Herren. Die CDU muss auch in der Zukunft darauf bedacht sein, dass seit ihrer Gründung Christlich-Soziale, Liberale und Konservative gleichberechtigt ihre Heimat finden müssen. Alle drei Richtungen sind Bestandteile der „Union“. Mir ging es heute allerdings darum aufzuzeigen, dass aber gerade das „Christliche“ nach 1945 unserer Partei die Tür bei den westlichen Siegermächten weit aufstieß und diese neue Partei so erfolgreich werden konnte.

Stolz der „Alten“ → Herausforderung für die „Jungen“!

Heutige Wohlstandsgesellschaft hat eine geringere Leidensbereitschaft als damals in den ersten Nachkriegsjahren.

Daher muss sich unsere Gesellschaftspolitik an Grundsätzen orientieren. Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft, Bescheidenheit und Wahrhaftigkeit sollten auch in der Zukunft wieder unsere Markenzeichen sein.